

C. Sachanträge an den 12. Landesparteitag

C.1. ZEIT FÜR VERÄNDERUNG - DEN AUFBRUCH ERMÖGLICHEN Strategische Eckpunkte für DIE LINKE. Sachsen

EinreicherInnen: SprecherInnenrat Liebknecht-Kreis Sachsen

Der Landesparteitag möge den folgenden Antrag beschließen:

1 *„Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“*

2 ***Ferdinand Lassalle 1863***

3
4 *„Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen*
5 *Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke,*
6 *demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“*

7 ***Erfurter Programm 2011***

8
9
10 Sachsen ist in eine sich verändernde Welt voller Widersprüche eingebettet. Der globale Kapitalismus
11 befindet sich derzeit in einer tiefen Umbruchphase. Die ungehemmte Fortsetzung des Neoliberalismus
12 führt immer stärker in eine „kannibalische Weltordnung“ (Jean Ziegler). Die herrschenden Eliten
13 gestalten die Demokratie gezielt „marktkonform“ um, entleeren sie weiter und zerstören sie
14 schrittweise. Damit vertieft sich einerseits die Legitimationskrise der herrschenden Politik: Menschen
15 wenden sich massenhaft von den etablierten Parteien ab, wie u.a. die sinkende Wahlbeteiligung
16 beweist. Andererseits spitzen sich die gesellschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus zu:
17 Wirtschaftliche Krisen, imperialistische Kriege, Armut in ganzen Weltregionen, Klimakatastrophen,
18 anwachsende Flüchtlingsbewegungen und autoritäre Herrschaftsmuster. Die Auswirkungen dieser
19 Prozesse schlagen auch auf die Ebene der deutschen Bundesländer durch, soziale und politische
20 Errungenschaften geraten auch in Sachsen in Gefahr.

21
22 Nur eine einflussreiche, fortschrittliche, linke Bewegung mit ausreichender Stärke und politischer
23 Organisiertheit kann diese verheerende Entwicklung aufhalten und zurückdrängen. Der europäischen
24 Linken, speziell der Partei DIE LINKE, kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn die BRD
25 als EU-Hegemonialmacht spielt eine Schlüsselrolle beim Aufbau der neuen Weltordnung.

26
27 Mit der Zukunftskonferenz im April 2015 und dem Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus
28 2.0“ von Katja Kipping und Bernd Riexinger versucht DIE LINKE auf Bundesebene, für diesen Kampf
29 programmatische Orientierungspunkte zu setzen. Für die sächsische LINKE als stärkstem

30 Landesverband erwächst aus diesen Rahmenbedingungen eine spezielle Verantwortung, die über die
31 Landespolitik hinaus weist. Dieser Dimension zukünftigen politischen Handelns fühlen sich die
32 vorliegenden „strategischen Eckpunkte“ verpflichtet. Ihren Ausgangspunkt finden sie in der
33 nüchternen Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation in Sachsen wie auch unserer
34 Partei, aus der wir nachvollziehbare Schlussfolgerungen ableiten. Das gelingt allein durch eine
35 sachbezogene Auseinandersetzung, in der wir Gedanken unabhängig von ihren Urhebern debattieren.
36 Nur gemeinsam können wir den „immensen konzeptionellen, programmatischen, theoretischen,
37 strategischen Rückstand gegenüber den realen gesellschaftlichen Prozessen im Land“, der unsere
38 Partei heute prägt (Peter Porsch), beheben.

39

40 **1. Der erstarrte Freistaat. Zur politischen Situation in Sachsen**

41

42 Die politische Situation und die gesellschaftliche Stimmung in Sachsen sind seit einem
43 Vierteljahrhundert von der stabilen Hegemonie der faktischen Staatspartei CDU geprägt. Gravierende
44 Änderungen sind mittelfristig nicht in Sicht, sofern die ökonomischen und politischen
45 Grundkoordinaten unverändert bleiben. Bis heute gibt es weder rechnerisch noch politisch links von
46 der CDU eine gesellschaftliche Mehrheit. Der von großen Teilen der Bevölkerung mitgetragene
47 Sachsen-Mythos und das Bild vom „Primus des Ostens“ sind ebenso wie die repressiv-autoritären
48 Herrschaftsmethoden („sächsische Demokratie“) und Elemente eines forcierten rechten Kulturkampfes
49 stabile Machtpfeiler der CDU. Dadurch geraten Grundrechte immer wieder in Gefahr. Gleichzeitig
50 gelingt es der CDU weiterhin oft, grundsätzliche (landes)politische Debatten durch die Flucht in die
51 emotionale Dimension von Politik zu entschärfen. Sie agiert weiterhin als das vermeintliche „Original“
52 und vermittelt der Mehrheit der Bevölkerung das Gefühl von Stabilität und Sicherheit. Alternative
53 politische Vorstellungen werden als potentiell bedrohliche „Experimente“ etikettiert und delegitimiert.

54

55 Die ununterbrochene Herrschaft der Christdemokraten – seit 2004 mit wechselnden Juniorpartnern in
56 der Regierung – wird seit Jahren von einer stabilen Wählerschaft rechts von der CDU (NPD, AfD) im
57 zweistelligen Prozentbereich flankiert. Darüber hinaus hat sich seit Herbst 2014 eine beachtliche
58 außerparlamentarische rechte Opposition herausgebildet, die Grundrechte vor allem für Menschen mit
59 Migrationshintergrund in Frage stellt, Rassismus und Hass schürt. Im Falle einer weiteren Zuspitzung
60 der gesellschaftlichen Krise besteht die Gefahr einer weiteren Rechtsverschiebung im politischen
61 Koordinatensystem und der Herausbildung eines handlungsfähigen Rechtsblocks von konservativen
62 Eliten, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Dieser könnte bei den nächsten Landtagswahlen den
63 Boden für ein Regierungsbündnis aus CDU und AfD bereiten. Insbesondere das Strategiekonzept der
64 AfD, das allseits geschätzte plebiszitäre Elemente für die eigenen politischen Interessen missbrauchen
65 will, darf nicht unterschätzt werden, zumal der bundespolitische Einfluss der sächsischen AfD durch
66 die jüngsten Personalentscheidungen deutlich gewachsen ist.

67

68 Sollte diese Entwicklung nicht eintreten und das schwarz-rote Regierungsbündnis seine Arbeit
69 planmäßig beenden, tritt bei Abwägung aller bekannten Umstände schon jetzt in Grundzügen die
70 wahrscheinliche Ausgangssituation der Landtagswahlen 2019 hervor. Sofern die CDU nicht die
71 absolute Mehrheit erringt, was im Falle des Gewinns (nahezu) aller Direktmandate keine abwegige
72 Option ist, wird die SPD aus der Position des Juniorpartners heraus antreten. Um gegebenenfalls
73 wieder in die schwarz-rote Koalition zurückkehren zu können, dürfte sich SPD erneut einem offensiven

74 Lagerwahlkampf verweigern. Auch die Grünen buhlen weiter um die Rolle des etwaigen Juniorpartners
75 der CDU. Mithin würden einem rot-rot-grünen Bündnis im Jahr 2019 schon medial erneut keine
76 Chance eingeräumt, da dafür neben der rechnerischen Mehrheit auch die erklärte Bereitschaft aller
77 notwendigen Partner fehlen würde. In jedem Fall, auch in diesem, wäre es an uns, der Bevölkerung
78 eine glaubwürdige Veränderungsperspektive aufzuzeigen.

79

80 Die festgefahrenen politischen Strukturen tragen bei einem großen Teil der sächsischen Bevölkerung
81 zu Parteien- und Politikverdrossenheit bei. Dieser Trend der „Kündigung“ gegenüber dem etablierten
82 politischen System macht auch vor unserer Partei nicht halt. Wir dürfen uns keinesfalls damit
83 abfinden. Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung sind Klassenfragen geworden. Die
84 überdurchschnittliche Wahlbeteiligung der gesellschaftlichen Eliten und des Bildungsbürgertums ist
85 ebenso unübersehbar wie die zunehmende Wahlenthaltung ärmerer und bildungsferner
86 Bevölkerungsschichten, die Hauptgruppen unserer Wählerschaft bilden. Diese soziale Spaltung der
87 Demokratie stabilisiert die neoliberale Politik. Zunehmende politische Frustration, Apathie und
88 Resignation sind darüber hinaus ein wichtiger Nährboden für die PEGIDA-Bewegung, deren
89 Aufkommen auch Schwachstellen unserer Politik verdeutlicht.

90

91 Die sächsische LINKE hat bei den Wahlen in den letzten zehn Jahren erhebliche Einbußen hinnehmen
92 müssen. Es gibt dabei weitere Trends, die beunruhigen: Die Altersstruktur unserer Wählerschaft
93 zeichnet demografische Verluste voraus, die sich in absehbarer Zeit beschleunigen könnten. Wir
94 verlieren viele Stimmen an das Nichtwählerlager, obwohl wir in der Opposition sind. Offenbar gelingt
95 es uns nicht mehr in ausreichendem Maße, denen Hoffnung zu geben, die sich in prekären
96 Lebenssituationen befinden. Wir vermögen es seit 1999 auch nicht mehr zu verhindern, dass
97 politische Unzufriedenheit bei Wahlen zur Stärkung rechtsgerichteter Kräfte führt. Wir verlieren an
98 Zuspruch der abhängig Beschäftigten und Prekarisierten, deren Interessen wir in besonderem Maße
99 vertreten wollen. Auch der Anteil bei der jüngeren und mittleren Wählerschaft liegt deutlich unter den
100 erreichten Prozentpunkten in den älteren Jahrgängen.

101

102 Unsere rückläufige Resonanz bei Wahlen korrespondiert damit, dass wir in den letzten zehn Jahren
103 nicht nur mehr als die Hälfte unserer Mitglieder, sondern auch viel vom Charakter als Mitgliederpartei
104 verloren haben. Insbesondere in den Flächenkreisen sind wir nur noch bedingt personell wahrnehmbar
105 und haben zunehmend Schwierigkeiten, ausreichend viele Kandidierende etwa für kommunale
106 Funktionen zu finden. Unserer Partei gehören zudem immer weniger Mitglieder an, die aktiv im
107 Berufsleben stehen. Das schwächt nicht zuletzt auch unsere personelle Verankerung in wesentlichen
108 gesellschaftlichen Sphären, auch und gerade bei den Gewerkschaften. Kein tragfähiges
109 Gesamtkonzept gibt es bislang zur Einbeziehung neuer Mitglieder; zu viele Neumitglieder verlassen
110 unsere Partei wieder, weil sie möglicherweise zu ihrem Parteieintritt Vorstellungen hatten, die nicht
111 aufgegangen sind. Für den Fortbestand unserer Organisation ist es nicht nur in finanzieller Hinsicht
112 entscheidend, dass wir deutlich mehr neue Genossinnen und Genossen, insbesondere auch aus
113 mittleren Altersschichten, gewinnen.

114

2. Zeit für Veränderung - Den Aufbruch ermöglichen

115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157

Unsere Strategie muss aktuell und mittelfristig darauf abzielen, die bestehende Gesellschaft im Interesse der Bevölkerungsmehrheit sozial und politisch zu verbessern. Langfristig bleiben wir bei unserem Ziel, eine neue Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzubauen. Kernstück dieser tragfähigen und langfristig angelegten Gesellschaftsstrategie ist das Bestreben, dass die derzeit in zahlreiche Milieus und Untergruppen zersplitterte lohnabhängige Klasse wieder vernehmlich die politische Bühne betritt und als Akteur erscheint. Es gilt zunächst Kräfte zu sammeln und wieder stärker gewerkschaftliche, politisch-organisatorische und geistig-kulturelle Gegenmacht aufzubauen. Bei Katja Kipping und Bernd Riexinger wird im Papier „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“ von „einer Exitstrategie aus dem Krisenkapitalismus“ und von der Herausforderung gesprochen, die „chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen und weitgespannten Zukunftskämpfen ... zu durchbrechen.“

Um dieser Dialektik zu entsprechen, arbeiten wir in Sachsen an einem Bündnis, das sowohl lohnabhängige Beschäftigte, deren Interessenorganisationen, die Gewerkschaften, Erwerbslose, Prekarierte und einkommens- und vermögensarme Menschen, als auch bedrohte klein- und mittelständische Selbstständige und Unternehmen umfasst. Wir wollen Menschen in globalisierungs- und gesellschaftskritischen Initiativen, in sozialen und ökologischen Bewegungen, in Zusammenschlüssen gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie, gegen Rüstungswahn und Kriegsverherrlichung, gewinnen und zugleich fortschrittliche Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kultur für dieses Bündnis ansprechen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, erwerbsloser, diskriminierter Menschen im Freistaat und ihren konkreten lebensweltlichen Problemen aus. Wir unterstützen und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und für den Erhalt der Natur in Sachsen einsetzen.

Die Funktion der sächsischen LINKEN besteht in den nächsten Jahren in der weiteren Ausprägung ihrer Rolle als stärkste Oppositionspartei, nicht als Regierungspartei im Wartestand. Das heißt nicht, dass wir eine Regierungsbeteiligung generell ablehnen. Sie bedarf allerdings objektiver Voraussetzungen wie etwa einer nennenswerten Wechselstimmung, für deren Schaffung wir aktiv eintreten. Die sächsische LINKE prägt ihre inhaltlichen und personellen Alleinstellungsmerkmale als Partei des demokratischen Sozialismus, insbesondere gegenüber der SPD und den Grünen, glaubwürdiger aus. Nur so gelingt es, den regierungskritischen Teilen der Bevölkerung Alternativen jenseits der CDU-Herrschaft aufzuzeigen.

Die bisherige strategische Fixierung auf ein vermeintlich „linkes Lager“ und damit auf eine rot-rot-grüne Regierungsbildung ist zu revidieren. Eine sozialistische Partei definiert sich nicht vordergründig über ihr Verhältnis zu den anderen Parteien. Sonst verringert sie ihr eigenständiges politisches Profil und ihre Glaubwürdigkeit bei einem großen Teil ihrer potentiellen Wählerschaft. Aus gesellschaftsstrategischer Sicht wäre das überdies der Abschied von ihrem Charakter als Partei des Kampfes „für einen Systemwechsel“ (Erfurter Programm).

158 Ein klares Profil, das Wählerinnen und Wählern Hoffnung geben kann, lässt sich nur durch praktische
159 Politik, die klar von programmatischen Grundsätzen geleitet ist, gewinnen. Unsere
160 Alleinstellungsmerkmale sind die Voraussetzung für unsere Glaubwürdigkeit als Kraft der
161 Veränderung. Alleinstellungsmerkmale basieren zunächst auf einer Analyse der gesellschaftlichen
162 Verhältnisse. Sie müssen an Alltagserfahrungen und wesentliche Interessen unserer Wählerschaft
163 anknüpfen. Alleinstellungsmerkmale lassen sich auch nicht ausschließlich auf ein Bundesland
164 begrenzen. Insbesondere bei sozialpolitischen Themen werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen
165 fast ausschließlich vom Bund gesetzt, während sich die Kompetenz der Bundesländer meist lediglich
166 auf die Festlegung von Ausführungsbestimmungen beschränkt. In diesem Sinne wird sich die
167 sächsische LINKE

168 hinsichtlich folgender Alleinstellungsmerkmale weiter profilieren:

- 169
170 • Als Friedenspartei verlangt sie die Auflösung der NATO und ist gegen jegliche deutsche
171 Militäreinsätze und Rüstungsexporte. Deshalb protestieren wir gegen die Nutzung des
172 Flughafens Halle/Leipzig für Militärtransporte und treten für eine Konversion von
173 Militärstandorten wie in Marienberg oder Schneeberg ein.
174
- 175 • Als die Partei des konsequenten Kampfes für soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung von
176 oben nach unten vertritt sie als die Anti-Hartz-IV-Partei vor allem die Interessen der
177 Lohnabhängigen und nimmt sich insbesondere der Sorgen von Menschen in prekären Arbeits-
178 und Lebensverhältnissen an. Deshalb fordern wir ein sächsisches Arbeitsförderungsprogramm
179 und ein modernes Landesvergabegesetz, um so die Rahmenbedingungen für gute Arbeit und
180 Existenz sichernde Löhne wesentlich zu verbessern.
181
- 182 • Wir wollen ein Bildungssystem, das allen offen steht und gleiche Chancen gewährt,
183 unabhängig von Herkunft und Einkommen. Deshalb sind wir für kostenfreie Betreuung in
184 Kindertagesstätten sowie für längeres gemeinsames Lernen und auskömmlich finanzierte
185 öffentliche Schulen.
186
- 187 • Bei den notwendigen Veränderungen im Klima-, Umwelt- und Energiebereich achten wir strikt
188 darauf, dass diese nicht zu Lasten der sozial Benachteiligten gehen. Deshalb stehen wir für ein
189 zeitnahes Ende der Braunkohleverstromung, wobei die Folgekosten von den Konzernen und
190 nicht von den Verbraucherhaushalten getragen werden müssen.
191
- 192 • Eine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Daseinsvorsorge lehnen
193 wir grundsätzlich ab. Deshalb werden wir als die sächsische Antiprivatisierungspartei
194 Widerstand gegen weitere Verkäufe von Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen oder
195 Wohnungen leisten, stattdessen Bestrebungen zur Rekommunalisierung unterstützen.
196
- 197 • Für uns haben demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft
198 oberste Priorität. Deshalb möchten wir eine wesentliche Absenkung der Quoren für
199 Volksbegehren und Volksentscheide sowie eine Senkung des Wahlalters bei Landtags- und
200 Kommunalwahlen auf 16 Jahre erreichen.
201

- 202
- Wir kämpfen auch weiterhin für die sozialen und politischen Interessen der Ostdeutschen.
- 203
- 204
- 205
- 206

207 **3. Für die Menschen. Mit den Menschen.**

208

209 Diese Grundorientierung ist untrennbar mit einem innerparteilichen Aufbruch zu verbinden. Dabei
210 wollen wir sowohl an Erfahrungen anknüpfen, die teilweise verschüttet sind, als auch neue Wege und
211 Formen suchen, um unsere programmatischen Ziele zu verwirklichen. Die sächsische LINKE muss sich
212 in Zukunft wieder wesentlich stärker außerparlamentarisch verankern. Erst auf dieser Basis ist es
213 möglich, neue Initiativen erfolgreich in die Parlamente und Kommunalvertretungen zu tragen, um dort
214 Mehrheiten zu erringen. Das Außerparlamentarische bleibt für uns das Entscheidende im Verhältnis
215 zum Parlamentarischen. Dabei gilt als Grundsatz für eine konstruktive und differenzierte
216 Bündnispolitik: Für die Menschen. Mit den Menschen! Insofern wird sich die sächsische LINKE unter
217 Wahrung ihrer Eigenständigkeit wieder stärker in außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen
218 einreihen und sie unterstützen, ohne einen Führungsanspruch zu erheben. Das gilt ebenso gegenüber
219 anderen linken Bewegungen und politischen Kräften in Sachsen, die man zu „Runden Tischen“ und
220 Ideenkonferenzen einladen könnte.

221

222 Die sächsische LINKE versteht sich nicht als Interessenvertretung aller Bevölkerungsschichten. Sie
223 strebt auch nicht danach, in die Mitte der Gesellschaft zu rücken. Sie wird sich vor allem für die
224 Belange der lohnabhängig Beschäftigten sowie der Benachteiligten und Ausgegrenzten aller
225 Generationen einsetzen. Gerade diesen Schichten müssen wir lebensnahe Angebote für die Lösung
226 ihrer Probleme unterbreiten. Das setzt auch voraus, verbreitete Erscheinungen von Lethargie und
227 Parteienverdrossenheit abzubauen. Dazu bedarf es langfristiger Konzepte, weil mit kurzfristigen
228 Erfolgen kaum gerechnet werden kann. Die Steigerung unserer Kampagnefähigkeit durch eine
229 engagierte Umsetzung der Kampagne „Das muss drin sein“ spielt dabei eine Schlüsselrolle.

230

231 In erster Linie streben wir die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an. Sie sind auch in Sachsen
232 die wichtigsten Interessenvertretungen der lohnabhängig Beschäftigten und verdienen unsere
233 grundsätzliche Solidarität, insbesondere bei ihren Tarifaueinandersetzungen. Deshalb sollten unsere
234 Mitglieder, aber insbesondere unsere Funktionsträger und Abgeordneten einer Gewerkschaft
235 angehören und dort aktiv mitwirken. Darüber hinaus wollen wir wieder wesentlich aktiver in
236 Sozialverbänden und -vereinen in ihrer ganzen Bandbreite präsent sein und dort unsere politischen
237 Inhalte vertreten, auch um gezielter spezielle Zielgruppen zu erreichen (z. B. Menschen mit
238 Behinderungen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler). Gleiches gilt für Zusammenschlüsse im
239 Sport-, Kultur-, Bildungs- und Umweltbereich.

240

241 Ähnlich wie unsere Wahlergebnisse entwickeln sich auch unsere Mitgliederzahlen rückläufig, unsere
242 Organisationsstrukturen schwinden. Das geht mit schrumpfenden finanziellen Handlungsspielräumen
243 und geringeren staatlichen Zuschüssen einher. Daraus ergeben sich für die sächsische LINKE folgende
244 strategische Erfordernisse:

245

246 1. Der Mitgliederrückgang muss gestoppt werden, indem Menschen aus allen Generationen,
247 jedoch insbesondere aus der arbeitenden Bevölkerung für die LINKE gewonnen werden. Nur
248 auf diesem Wege lassen sich die intellektuellen und sächlichen Ressourcen des
249 Landesverbandes erhöhen. Unsere Erfahrungen zeigen: Neue Mitglieder werden vor allem
250 dann gewonnen, wenn die sächsische LINKE vor Ort mit Aktionen sichtbar ist, Probleme aus
251 der konkreten Lebenswelt vor Ort aufgreift oder unmittelbare Hilfe für Menschen in sozialen
252 Notsituationen geben kann. Die Gewinnung neuer Mitglieder muss einen höheren Stellenwert
253 bekommen.

254
255 2. Die sächsische LINKE muss sich wieder stärker zu einer kämpferischen und pluralistischen
256 Mitgliederpartei entwickeln, in der möglichst viele Mitglieder in der Lage sind, im Zeitalter der
257 digitalen Massenkommunikation linke Politik zu vermitteln.

258
259 3. Unbedingt notwendig ist eine Trendumkehr unserer kaum noch spürbaren Verankerung im
260 ländlichen Raum. Landkreisübergreifend werden wir thematische Arbeitsgruppen bilden, die
261 flexibel reagieren können und zu einer besseren Vernetzung unserer Strukturen beitragen. Der
262 ländliche Raum rückt immer stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit, die vor allem auf die
263 Entwicklung linker Politikansätze und Handlungsmöglichkeiten ausgerichtet ist. Dabei
264 orientieren wir uns an der Lebenswirklichkeit gesellschaftlicher Milieus und sprechen sie in
265 Form und Inhalt zielgruppengenau an.

266
267 4. Die Ressourcen des Landesverbandes werden wir stärker nach den Schwerpunkten unserer
268 Strategie ausrichten. In Zukunft setzen wir noch stärker auf fachliche Zusammenschlüsse und
269 deren Kooperation mit der Landtagsfraktion. Solche Zusammenschlüsse oder Arbeitsgruppen
270 müssen künftig stärker öffentlich wahrgenommen werden und Anziehungspunkt auch für
271 Nichtmitglieder unserer Partei sein.

272
273 5. Intensiver und vielfältiger müssen wir die politische Bildung unserer Mitglieder und
274 SympathisantInnen gestalten. Vor allem unseren Funktions- und Mandatsträgern müssen wir
275 wesentlich mehr linke Bildungsmöglichkeiten einräumen. Das kann von der Rosa-Luxemburg-
276 Stiftung oder vom Kommunalpolitischen Forum allein nicht geleistet werden.

277
278 6. Unser Landesverband braucht auf allen Ebenen tragfähige und langfristig angelegte
279 Personalentwicklungskonzepte. Das soll dazu beitragen, unser personelles Angebot,
280 insbesondere bei Kommunalwahlen sowie Bürgermeister- und Landratswahlen wesentlich zu
281 verbreitern. Auf Landesebene werden wir strategische Wahlkreise identifizieren und nutzen,
282 um künftig mehr Direktmandate zu gewinnen. Dazu benötigen wir Kandidierende aus allen
283 Alters- und Berufsgruppen, wobei wir bewusst darauf orientieren, dass insbesondere die
284 hauptberufliche Ausübung eines Abgeordnetenmandats nur einen zeitlich begrenzten
285 Lebensabschnitt umfasst.

286
287

288 Sachsen braucht eine starke LINKE! Sozialistische Politik bedarf einer tragfähigen
289 Gesellschaftsstrategie. Eine Regierungsbeteiligung ist sinnvoll, wenn sie tatsächlich eine politische

290 Wende gegen die neoliberale Kapitaloffensive herbeiführt. Suchen wir nach den besten Wegen, um
291 gemeinsam mit den Ausgebeuteten, Entrechteten und Entmündigten für politische und soziale
292 Verbesserungen sowie für eine alternative Gesellschaft in Sachsen zu kämpfen. Die Elemente einer
293 neuen alternativen Gesellschaft im Sinne der materiellen Existenzbedingungen sind im Schoß der
294 alten vorhanden. Lasst sie uns finden und gemeinsam befördern!

Begründung:

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit Monaten führen wir die notwendige Debatte um die strategische Ausrichtung unseres Landesverbandes. Dazu gab es zahlreiche Wortmeldungen. Es ist die Aufgabe des bevorstehenden Landesparteitages, aus dieser Vielfalt die richtigen Schlussfolgerungen für unsere Arbeit in den kommenden Jahren zu ziehen. Mit dem vorliegenden Papier „ZEIT FÜR VERÄNDERUNG – DEN AUFBRUCH ERMÖGLICHEN. Strategische Eckpunkte für DIE LINKE. Sachsen“ unterbreiten wir Euch ein solches Angebot, das durch viele kluge Debattenbeiträge inspiriert wurde und diese versucht, konstruktiv aufzunehmen.

Wir freuen uns auf Eure sachliche Kritik sowie auf Änderungs- und Ergänzungsanträge.

SprecherInnenrat Liebknecht-Kreis Sachsen

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____